Deutsche Bank

Fokussiert

Wenn Christian Sewing am 30. Januar vor die Presse treten wird, wird er wieder einmal einen Verlust zu verkünden haben. 2019 ist damit das vierte Verlustjahr des deutschen Branchenprimus in den vergangenen zehn Jahren. Das zeigt zwar einerseits, wie viele Fehler in den vergangenen Jahren gemacht wurden und wie schwer der Weg zurück zu alter Stärke ist und auch künftig noch sein wird. Zumindest dieser jüngste Verlust kommt aber keineswegs überraschend, sondern ist Folge des enormen Umbauprogramms, das Sewing seinem Haus verordnet hat. „Wir hatten unseren Fokus verloren, haben zu viele Dinge gemacht bei denen wir nicht führend waren und müssen entsprechend erst wieder um Vertrauen werben", sagt der Vorstandschef zu den vergangenen Jahren und Monaten immer. Die eigentliche Botschaft neben den Zahlen, die wohl operativ ohne Restrukturierungsaufwendungen gar nicht so schlecht aussehen dürften, soll daher heißen: Wir kommen voran! Kernziel ist es, künftig nur noch in diejenigen Geschäftsfelder zu investieren, bei denen die Bank auf den entsprechenden Märkten unter den Top 5 liegt, eine sehr straffe Kostendisziplin an den Tag zu legen, die IT weiter zu modernisieren und das Angebot zu schärfen. So soll die Profitabilität zurückkommen.

Beim großen Investors Day Anfang Dezember verkündete die Deutsche Bank bereits wesentliche Fortschritte: Der Ausstieg aus dem Aktienhandel ist so gut wie vollzogen, die entsprechenden Einheiten werden an BNP Paribas verkauft. Das weiterhin betriebene IPO-Geschäft bleibt davon bislang wohl unberührt und läuft gut, was mancher Experte bei Ankündigung des Ausstiegs aus dem Aktienhandel bezweifelt hat. Der Abbau von Altlasten in der Capital Release Unit kommt schneller voran als geplant. 70 Prozent der Erträge entspringen mittlerweile stabilen Geschäftsfeldern wie dem Privatkunden- und dem Firmenkundengeschäft, nur noch 30 Prozent aus dem Investmentbanking, und hier vor allem aus dem Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen. Das 4. Quartal 2019 war das achte Quartal in Folge mit sinkenden Kosten. Die Bank bekräftigte ihr Ziel, im Gesamtjahr 2019 bereinigte Kosten von 21,5 Milliarden Euro zu erreichen, die 2020 um gut zwei Milliarden und bis 2022 auf 17 Milliarden Euro sinken sollen. Auf der Basis von 2018 entspricht das einem Rückgang von fast sechs Milliarden Euro. Die harte Kernkapitalquote lag zum Jahresende bei rund 13 Prozent. Kapitalerhöhungen im Zuge der Restrukturierung schließt das Institut kategorisch aus. In den ersten neuen Monaten lagen die Bruttoerträge auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr, trotz des Umbaus, der Negativschlagzeilen und nochmals verschärfter Markt- und Wettbewerbsbedingungen. Die IT wird weiter modernisiert, stärker im eigenen Haus betrieben und soll in erster Linie dazu dienen, Redundanzen abzubauen, Kosten zu senken, und weniger dabei helfen, Marktanteile zu gewinnen. 2019 war also trotzdem ein gutes und zufriedenstellendes Jahr für die Verantwortlichen der Deutschen Bank.

Der Weg ist klar vorgezeichnet. Nun kommt es darauf an, dass die Mitarbeiter und vor allem die Kunden den Plan akzeptieren. Dafür müssen Christian Sewing und sein Team weiter liefern, ihre Versprechen erfüllen und möglichst wenige Rückschläge erleiden. Angesichts der Entschlossenheit und der Begeisterung, mit der das neue Gesicht der Deutschen Bank diese Herausforderung angeht, wünscht man es ihm nicht nur, sondern man glaubt sogar wieder an die Rückkehr des Erfolgs. Das wäre gut. Denn eines ist auch klar: Deutschland und die deutsche Wirtschaft brauchen eine starke Deutsche Bank und nur eine starke Deutsche Bank kann in der anstehenden europäischen Konsolidierung eine maßgebliche und aktive Rolle spielen.

Genossenschaftsbanken

Es wird anspruchsvoller

Die deutschen Banken und Sparkassen schaffen es, die Auswirkungen der Niedrigzinspolitik der EZB einigermaßen in Grenzen zu halten. Zu verdanken ist das vor allem den Bemühungen im Kreditgeschäft. So stieg das bundesweite Kreditvolumen im ersten Halbjahr 2019 einer Untersuchung von Bain & Company zufolge im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent auf den Rekordwert von 1,2 Billionen Euro. Zwischen 2013 und 2018 lag die durchschnittliche Wachstumsrate bei jährlich nur etwa 3 Prozent. Allerdings führt der Verdrängungswettbewerb dazu, dass sich die Kreditmarge nahe den historischen Tiefstständen des Jahres 2008 bewegt.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Die ersten vorgelegten Zahlen für das abgelaufene Geschäftsjahr bestätigen die Entwicklung zumindest zum Teil: Die Hamburger Volksbank verzeichnet für 2019 einen Kreditzuwachs um 8,4 Prozent auf 2,14 Milliarden Euro. 2018 betrug die Steigerungsrate noch 11,9 Prozent. Und die Wiesbadener Volksbank, traditionell eine der ersten Banken, die Anfang Januar einen vorläufigen Jahresabschluss vorlegt, verzeichnete ein Wachstum im Kundenkreditgeschäft um 6,2 Prozent auf 3,65 Milliarden Euro. Vorstandschef Matthias Hildner, der den Vorstandsvorsitz 2013 als Nachfolger seines Vaters übernahm, sprach von einem „schönen Ergebnis in einem umkämpften Markt mit intensiven Wettbewerbsbedingungen". Befeuert wird die Entwicklung durch die Geldpolitik der EZB, die sparen unattraktiv macht und immer mehr Unternehmen und Menschen in Immobilien investieren lässt. Die Bundesbank warnt seit Jahren vor enormen Preissprüngen in den Metropolregionen, kann aber noch keine Gefahren für die Finanzstabilität ausmachen, da die Kreditvergabepolitik überwiegend immer noch sehr vernünftig ist. Aber was bleibt den Instituten angesichts der Rahmenbedingungen auch übrig, als zu versuchen Margeneinbußen über Volumenwachstum auszugleichen.

Etwas unerfreulicher ist dagegen die Entwicklung auf der Einlagenseite. Immer noch fließen gerade den Sparkassen und Volksbanken Raiffeisenbanken viele Mittel zu. Bei der Wiesbadener Volksbank betrug das Einlagenwachstum im vergangenen Jahr 5 Prozent auf 3,74 Milliarden Euro. Abwehrkonditionen in Form von Verwahrentgelten auch für Privatkunden und ab dem ersten Euro lehnt Matthias Hildner aber weiterhin ab. Sein Institut gibt die Belastungen aus der Negativverzinsung für Einlagen bei der EZB nur an Firmenkunden weiter, und das erst über einem Freibetrag von 100 000 Euro. Das könne sich aber ändern, so der Vorstandschef. Wenn immer mehr Konkurrenten Verwahrentgelte einführen würden, die Kunden entsprechend reagieren und Einlagen da landen würden, wo es keine Verwahrentgelte gibt, müsse man aus betriebswirtschaftlichen Gründen natürlich neu abwägen.

Ebenfalls erfreulich entwickelte sich das Wertpapiergeschäft der genossenschaftlichen Bank aus der hessischen Landeshauptstadt, so dass der Provisionsüberschuss um 6,5 Prozent auf 27,8 Millionen Euro kletterte und somit den Rückgang des Zinsüberschusses sogar überkompensieren konnte. Inzwischen beträgt das Verhältnis von Zinsüberschuss zu Provisionsüberschuss knapp ein Drittel. Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Bank, sprich Filialen und Digitalisierung haben den Verwaltungsaufwand um 5,3 Prozent auf 64,4 Millionen Euro anwachsen lassen, sodass unter dem Strich ein Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit von 40,7 Millionen (minus 5,1 Prozent zum Vorjahr) und ein Jahresüberschuss nach Einstellung in die Reserven und geplanter Ausschüttung von 13,2 Millionen Euro nach 13,3 Millionen Euro verbleibt. Ein solides Ergebnis, wie der Vorstand betonte. Für das Jubiläumsjahr, die Wiesbadener Volksbank wird in diesem Jahr 160 Jahre alt, ist Hildner dagegen weniger zuversichtlich. Er rechnet mit einem Ergebnisrückgang um 5 bis 10 Prozent.

Zahlungsverkehr

Wie geht es weiter?

Man muss weder Visionär noch Schwarzmaler sein, um in der immer größeren Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen und Kräften eine Gefahr zu wittern und entsprechend europäische Lösungen für Schlüsselbranchen zu fordern. Das ist in der Energieversorgung ebenso wie bei der Informationstechnologie, neuen Handy- und Internetnetzen, modernen Antriebssystemen für Fahrzeuge aller Art, der Genforschung und nicht zuletzt auch dem Zahlungsverkehr zu beobachten. Wer hat die Hoheit über die Daten, wer garantiert die sichere Versorgung? Diese Fragen stellen sich europäische Politiker und Institutionen immer häufiger.

2020 wird an verschiedenen Stellen ein Jahr spannender Entscheidungen. Im Zahlungsverkehr beispielsweise drängen EU-Kommission und EZB gemeinsam mit den nationalen Zentralbanken auf eine schnelle europäisch getragene Lösung, um im Wettbewerb den großen US-amerikanischen und asiatischen Anbietern etwas entgegensetzen zu können. Denn der Zahlungsverkehr mausert sich in Zeiten einer zunehmenden Digitalisierung des Bankgeschäfts von einer ehemals grauen Maus mehr und mehr zu einem strategisch bedeutenden Geschäftsfeld. Er steht für den Kontakt zu den Kunden, auch wenn diese am zufriedensten sind, wenn sie davon möglichst wenig merken, denn dann funktioniert alles reibungslos. Und

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

er steht für immer noch sehr stabile Erträge, was angesichts einer fortwährenden Erosion des Zinsüberschusses und der bekanntermaßen nur begrenzt gelingenden Kompensation durch Provisionsüberschüsse wahrlich nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte. Hierüber herrscht weitestgehend Einigkeit, auch mit der Kreditwirtschaft.

Allein wo ein Wille ist, gibt es noch keine Lösung. Im Rahmen des Projektes #DK prüft die Deutsche Kreditwirtschaft derzeit, inwieweit durch eine Bündelung der Kräfte und Angebote rund um das Starprodukt Girocard den europäischen Partnern eine auf deutschen Lösungen fußende Gesprächsgrundlage angeboten werden kann. Und auch wenn die Einsicht bei allen Beteiligten sicherlich vorhanden ist und sich betriebswirtschaftlich ausreichend Gründe für einen solchen Schritt finden lassen, liegt der Teufel bekanntlich im Detail. Von daher stehen sicherlich noch spannende Diskussionen an, wenn es um die entscheidenden Fragen von Investments und Desinvestments geht. Sollte sogar das gelingen, bleibt immer noch abzuwarten, inwieweit ein solcher Vorschlag europaweit Unterstützung finden kann, eventuell mit der parallel bereits grenzüberschreitend laufenden PEPS-Initiative zu kombinieren ist oder es doch eher in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Franzosen mündet. Keineswegs vorteilhaft ist dabei sicherlich der hohe Zeitdruck. Bundesbank-Vorstand Burckhard Balz hat seine Erwartungshaltung im Interview in der vergangenen Ausgabe dieser Zeitschrift sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, als er von „zeitnahen" Ergebnissen gesprochen hat.

Eine spannende Frage in diesem Zusammenhang: Wie geht es weiter mit Paydirekt, dem mit vielen Vorschusslorbeeren gestarteten Paypal-Konkurrenten der deutschen Banken und Sparkassen. Ist er Teil einer solchen Lösung? Gibt es Möglichkeiten, auch im Feld des Onlinebezahlens Angebote zu bündeln? Ist eine Europäisierung des Geschäfts jetzt schon möglich? Der schon länger angekündigte und nun vollzogene Abschied der sogenannten Poolbanken aus dem Eigentümerkreis muss für die weitere Entwicklung nicht von Nachteil sein. Zum einen ist die Gesellschafterstruktur mit jeweils 16,67 Prozent Deutsche Bank und Commerzbank und jeweils rund 33 Prozent Sparkassen-Finanzgruppe und genossenschaftliche Finanzgruppe sehr viel homogener als früher, was notwendige Entscheidungen hinsichtlich der künftigen Ausrichtung und weiterer Investitionen entkomplizieren dürfte. Zum anderen ist es bekanntermaßen keineswegs so, dass Vertriebseinheiten immer an jedem Produktlieferanten beteiligt sein müssen. Wenn das Produkt und die Preise stimmen, schafft es Paydirekt auch weiterhin „ins Regal" der Banken, die nun nicht mehr Eigentümer sind. Dieser Wettbewerb sollte Anspruch für eine Fortsetzung der konstanten Weiterentwicklung von Paydirekt sein. Und vielleicht gelingt es nun sogar endlich, sektorspezifische Interessen ein Stück weit hintanzustellen und Paydirekt endlich als echtes Gemeinschaftsunternehmen zu fordern, zu fördern, aber vor allem auch zu führen.

Insolvenzen

Kommt die Kehrtwende?

Die Insolvenzstatistik von Creditreform zeigt nach vorläufigen Schätzungen für das Jahr 2019 in Deutschland 19400 Unternehmensinsolvenzen an. Das wären zehn weniger als im Jahr 2018. Bleibt es dabei, wäre es der niedrigste Wert seit 25 Jahren. Klingt zunächst gut. Allerdings wäre es auch das erste Mal seit zehn Jahren, dass die Zahl nicht deutlich zurückging.

Dazu kommt, dass das Volumen der Insolvenzschäden dennoch um 3,4 Milliarden Euro auf insgesamt 23,5 Milliarden Euro gestiegen ist, was der Anbieter von Wirtschaftsinformationen darauf zurückführt, dass es zahlreiche größere Insolvenzen gab. Prominentestes Beispiel dürfte der Damenmodekonzern Gerry Weber gewesen sein, der gleich zu Beginn des Jahres die Segel strich. Relativierender Einwand: Die Schäden bleiben auf niedrigem Niveau, seit 2010 gab es nur drei Jahre mit noch niedrigeren Insolvenzschäden.

Das Sorgenkind der deutschen Wirtschaft ist und bleibt derzeit die verarbeitende Industrie. Hier stieg die Zahl der Insolvenzen auch 2019 deutlich um 6,6 Prozent. Bei den Verbraucherinsolvenzen ging die Zahl zwar um drei Prozent auf 67740 zurück, aber der Rückgang fiel damit deutlich schwächer aus als in den Vorjahren: 2018 betrug er noch 5,9 und davor sogar 6,9 Prozent. Creditreform weist darauf hin, dass in Deutschland rund sieben Millionen Menschen als überschuldet gelten. Wenn die Zahl der Un-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

ternehmensinsolvenzen wieder steigen sollte, dann wird das auch zu steigender Arbeitslosigkeit führen und im Anschluss zu einem deutlichen Anstieg der privaten Insolvenzen.

Ob das jetzt wirklich der Wendepunkt in der sich seit 2010 stetig verbessernden Situation ist, kann natürlich nur spekulativ beantwortet werden. Eine wichtige Rolle bei der künftigen Entwicklung spielt die Konjunktur. Das Kieler Institut für Wirtschaft erwartet 2020 in Deutschland zwar ein BIP-Wachstum von 1,1 Prozent nach 0,5 Prozent im Jahr 2019. Allerdings führt das Institut das in erster Linie auf kalendarische Effekte zurück, da das Jahr mehr Arbeitstage hat. Ähnlich sieht es das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW, das mit einem Wachstum von 1,2 Prozent rechnet – ebenfalls in erster Linie aufgrund der kalendarischen Wirkung. Wirkliche Besserung ist hier also noch nicht in Sicht.

Der Kreditversicherer Euler Hermes erwartet schon für 2020 eine Steigerung auf knapp 20 000 Unternehmensinsolvenzen. Es sollte bedacht werden, dass die Situation derzeit auch nur aufgrund des langen Booms der vergangenen Jahre und der anhaltenden Niedrigzinsphase so gut ist und sich zumindest die positive Entwicklung deutlich abschwächt. Weitet sich nun die Wachstumsschwäche aus, kann die Trendumkehr tatsächlich schnell stattfinden. Es könnte ratsam sein, 2020 nicht allzu offensiv die Kreditvergabe auszuweiten.

Digitalisierung

Fass ohne Boden

Am Ende des Jahres 2019 war die Commerzbank dann doch noch am Ziel angekommen: Der aktivistische Investor Petrus Advisers hat sein Comdirect-Aktienpaket an die Commerzbank verkauft. Über den Kaufpreis wurde zwar Stillschweigen vereinbart. Doch kann man getrost davon ausgehen, dass er spürbar über dem ursprünglichen Angebotspreis liegt. So dürften beide Seiten zufrieden sein. Petrus hat in kurzer Zeit ein nettes Sümmchen verdient und die Commerzbank muss sich nicht auf langwierige und somit teure Rechtsstreitigkeiten einlassen und kann sich schneller auf die eigentliche Aufgabe konzentrieren: die Digitalisierung vorantreiben.

Denn: Während sich die Commerzbank im Corporate Banking bereits sehr aktiv und innovativ zum Beispiel beim Thema Künstliche Intelligenz und Distributed-Ledger-Technologie (DLT) erneuert, hapert es noch im Privatkundengeschäft. Was liegt da näher, als die eigene Tochter, die in diesem Segment naturgemäß schon weiter ist, wieder einzugliedern? Es ist definitiv der einfachere und wohl auch kostengünstigere Weg – ungeachtet der Probleme, die sich stets ergeben, wenn zwei Unternehmen mit doch recht unterschiedlichen Philosophien wieder zusammengeführt werden.

Das alte Jahr ging somit mit einem erfreulichen Schritt in Richtung Digitalisierung für eines der großen deutschen Kreditinstitute zu Ende. Das neue Jahr hat jedoch gleich wieder die Schattenseiten der zunehmenden Technisierung in Erinnerung gerufen: Am 7. Januar 2020 war der Internetauftritt der Bayern-LB-Tochter DKB zeitweise nicht erreichbar. Laut Medienberichten steckte dahinter eine Distributed-Denial-of-Service-Attacke (DDoS) von Hackern gegen eine Tochtergesellschaft der Finanz-Informatik, an diese die DKB ihre Server-Dienstleistungen ausgelagert hat. Die Verwundbarkeit der Banken in ihrem immer größeren Digitalisierungsgrad wurde damit wieder mal schonungslos offengelegt.

Nicht nur Angriffe von außen sind nach wie vor ein Thema. Auch das hat sich bei der DKB – einen Tag vorher – gezeigt. An diesem Tag gab es massive Störungen im Wertpapierhandel. Allerdings zur Entlastung der DKB sei gesagt: nicht nur bei der DKB. Betroffen waren alle Kunden der Deutschen Wertpapierservice Bank (DWP). Laut DWP wird ein Angriff von außen ausgeschlossen, es handelt sich also vermutlich um eine IT-Panne. Ausschließen wird man weder das eine noch das andere können, egal, wie viel investiert wird. Ein Kaspersky-Experte sagte mal sinngemäß: Angriffe lassen sich nie vermeiden. Das einzige, was man dagegen tun kann, ist, die Hürden für eine Attacke so aufwendig zu machen, dass sich ein Angriff schlicht nicht mehr lohnt. Das Problem: Die dunkle Seite der Macht lernt auch dazu, oft sogar schneller. Das macht den Kampf um die Cyber-Sicherheit zum Fass ohne Boden. Er ist aber alternativlos. Es bleibt auch 2020 eine der größten und teuersten Herausforderungen für die Banken: Chancen und Risiken der Digitalisierung gleichzeitig meistern – in einer Zeit mit stetig sinkenden Erträgen.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH